

Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sowie die Befähigung zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Leben für alle Schüler*innen sind die zentralen Ziele, auf die sich unser Bildungswesen hin entwickeln muss. **Inklusion** ist Anerkennung von Vielfalt als Reichtum und bedeutet Bereitschaft zu Individualisierung und Differenzierung. **Demokratiepädagogik** und Demokratisierung von Schule markieren den Weg, auf dem Partizipation, Wertschätzung von Verschiedenheit, Empathie, Respekt erlernt und Selbstwirksamkeit einzeln und in Gruppen erlebt wird. Bildung braucht **Freiräume**: für Engagement, für Jugendarbeit, für Freizeiten, für außerschulisches Lernen, für das Entdecken und Erproben von Neigungen und Interessen. Manches funktioniert in neuartigen Lernsettings besser: Ein in diesem Sinn ausgestaltetes Schulleben – insbesondere auch in Ganztagschulen – mit Klassenfahrten, außerschulischen Lernorten und freiwilliger Jugendarbeit bietet informelle und nonformale Erfahrungskontexte, die für soziales, emotionales, ästhetisches, ethisches, integrierendes und körperliches Selbsterfahren und Lernen unverzichtbar sind. Selbstverantwortliches Handeln ist eine der Grundvoraussetzungen zu nachhaltiger, gerechter Bildung. Wir sind überzeugt, dass in einer Schule für alle für jede und jeden Platz ist und die Prävention von diskriminierendem Denken eine unabschließbare, stets aktuelle Aufgabe darstellt.

fnb, Gemeinsame Überzeugungen vom Oktober 2013

Inhalt

A) Bildungsgerechtigkeit	1
B) Inklusion in der Gesellschaft	3
C) Demokratie in der Schule	4
D) Selbstbestimmung und Freiräume	6

A) Bildungsgerechtigkeit: Gleichwertigkeit aller Lernenden, Ermöglichung sozialer Mobilität, fördernder Ausgleich von Benachteiligungen

Das forum | **neue bildung** begreift Bildung als eine elementare Gerechtigkeitskomponente und als Menschenrecht. Individuelle Entfaltung und die Teilhabe an unserer Gesellschaft hängen zentral vom Zugang zu Bildung ab. Bildung muss daher unabhängig von allen sozialen Differenzlinien allen Menschen zugänglich sein. Ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem, das allen Menschen ihre Potentiale zu entwickeln hilft, bildet dabei für die gesamte Gesellschaft die größten Chancen auf demokratische, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen. Dazu ist ein öffentlicher und grundlegender Dialog über bessere und gerechtere Bildung nötig, der sich den Menschenrechten und wissenschaftlichen Erkenntnissen verpflichtet weiß. Dabei ist die Einrichtung von Bildungsbeiräten ein wichtiges Instrument. Sie können in den Landkreisen und kreisfreien Städten kontinuierlich das Handeln von Schulträgern und allen bildungspolitischen Akteuren in Land und Bund mit konstruktiver Kritik begleiten, eigene Bildungsinitiativen entwickeln und auf eine angemessene Präsenz von Bildungsthemen in der Öffentlichkeit achten.

Das forum | **neue bildung** fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung auf:

- das **Recht auf Bildung** in die Landesverfassung aufzunehmen und entsprechend personelle und **finanzielle Ressourcen** bereitzustellen.
- das gegliederte Schulwesen und die **Exklusion abzuschaffen**: Wir fordern daher für alle Schüler*innen eine Integrierte Gesamtschule mit einem harmonisierten Übergang in die Sekundarstufe II. (Als erste, realpolitische Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel, Ungerechtigkeiten durch die Abhängigkeit schulischer Erfolge von der sozialen Herkunft zu reduzieren, begreifen wir die Abschaffung der **Ziffernnoten** und der **Grundschulempfehlung** sowie des zwangsweisen **Klassenwiederholens** und von „**Abschulungen**“. Denn diese Exklusion-Instrumente werden pädagogisch überflüssig durch längeres gemeinsames, inklusives Lernen, durch individuelle Förderung und durch eine kompetenzorientierte, auf die individuelle Entwicklung abzielende und ausformulierte Leistungsbeurteilung.)
- eine **flexible Grundschul-Eingangsstufe** mit individueller Verweildauer einzurichten nach deren Durchlaufen alle Schüler*innen im Klassenzusammenhang verbleiben.
- alle öffentlichen **Bildungsangebote kostenlos** für alle Menschen bereitzustellen – wozu auch der äußeren Rahmen wie außerschulische Lernorte, kulturelle Bildung, gesundes Schulessen, landesweite ÖPNV-Mobilität und Lernmittelfreiheit (auch durch Digitalisierung und Nutzung von sowie Mitarbeit an „Open Source“-Lehrwerken und Lernsoftware) gehört. Entsprechend sollen auch die **freien Schulen**, welche sich diesen reformorientierten Zielen verpflichtet wissen, ausreichend **refinanziert werden**.
- durch **milieu-sensible Ausstattung** mit zusätzlichen (förder- und sozial-)pädagogischen und psychologischen Ressourcen für den Ganztagsunterricht an sogenannten Brennpunktschulen die Benachteiligung sowie Behinderung von Kindern und Jugendlichen beispielsweise durch ihre soziale Herkunft abzubauen.
- **regionale und demografische Unterschiede** zwischen Stadt und Land anzuerkennen und den konkreten Bedürfnissen vor Ort durch eine spezifisch zugeschnittene personelle und sächliche Ausstattung so nachzukommen, dass wohnortbedingte Chancenungleichheiten zwischen Rheinland-Pfälzer*innen minimiert werden.
- ein nach den Bedürfnissen der Lernenden **rhythmisiertes Ganztagesangebot** für alle Schüler*innen zu schaffen, das Entspannungsphasen, Freiräume für Engagement, außerschulische Lernorte und Lernsettings in die unterrichtliche Planung integriert und darauf abzielt, die Halbtagsschule landesweit abzulösen.
- **Regelschulkollegien und Schulleitungsteams** um Lehrkräfte mit förderpädagogischen Kompetenzen, Pädagogische Fachkräfte und Schulsozialarbeiter*innen zu **erweitern**, die diesen Kollegien fest und vollwertig angehören.
- die fachliche und pädagogische (gerade auf inklusive und demokratische Lernkulturen abzielende) **Aus-, Fort- und Weiterbildung** von Lehrer*innen auf hohem Niveau auszubauen. Dazu analog fordern wir eine Lehrer*innen-Ausbildung mit stufenbezogenen Schwerpunkten, gleicher Studiendauer (10 Semester) und gleicher Bezahlung der Absolvent*innen einzuführen.
- die Ausbildung der Erzieher*innen für den **Elementarbereich** soll so gestaltet werden, dass sie zu einem Hochschulabschluss führt.
- einen **gesundheitlich langfristig sicheren Arbeitsort** für alle Lehrenden zu schaffen mit erweiterten demokratischen Mitbestimmungs- und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten.
- bestehende **Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung** der Lehrkräfte **abzubauen**: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

B) Inklusion in der Gesellschaft – Wertschätzung von Vielfalt & Individualisierung des Lernens

Inklusion ist Anerkennung von Vielfalt sowie Sicherstellung von Teilhabe und bedeutet in der Bildung Individualisierung, Differenzierung und Willkommenskultur. Schulische Inklusion heißt weit mehr als der gemeinsame Unterricht von Schüler*innen mit und ohne Behinderung. Vielmehr verstehen wir unter Inklusion im Kontext von Schule und Freizeit jeden Wissen, Können und Haltung vermittelnden Umgang mit Menschen, der allen individuellen Bedürfnissen ausgleichend Rechnung trägt. Inklusive Bildung reagiert wertschätzend auf Individuen, gleichgültig wo sie entlang der Differenzlinien Geschlecht, sprachliche, kulturelle, ethnische oder soziale Herkunft, sexuelle Orientierung und Identität, Religionsangehörigkeit, Alter, Begabung, Behinderung und Benachteiligung positioniert sind. Eine inklusive Schule übernimmt Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen. Wo Aussonderung ausbleibt, muss nicht nachträglich integriert werden. Eine plurale Gesellschaft profitiert davon, dass viele unterschiedliche Menschen zusammentreffen und im Austausch von ihren unterschiedlichen Stärken profitieren. Nach Unterschieden zu trennen, wie es in der bestehenden, selektiven, exklusiven Schule System ist, stärkt prinzipiell den einzelnen Menschen nicht und schafft auch keine gerechte, soziale Gesellschaft des Miteinanders. Vielmehr muss auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft die alte Gewohnheit, in Schulen und Gesellschaft Individuen defizitorientiert zu beschreiben, ebenso als inakzeptabel überwunden werden wie die Bewahrung von Privilegien über Generationen hinaus. In einem entstehenden Sozialklima, in dem Unterschiede als bereichernd und im Miteinander als wertschätzend erlebt werden, profitieren alle, insbesondere alle Lernenden.

Das forum | **neue bildung** fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung für den Einstieg in ein wirklich inklusives Bildungswesen auf:

- alle **Grundschulen** als **inklusive** Schulen zu führen und ein **flächendeckendes Netz** von voll ausgestatteten, frei wählbaren Schwerpunktschulen **über die Sekundarstufe I hinaus** als Übergangslösung zum inklusiven Schulsystem einzurichten.
- den bisher benutzten **Begriff der Inklusion weiter zu fassen** als das rein äußerlich-formale Miteinander allein von Menschen mit und ohne Behinderung.
- **Individualisierenden Unterricht** zur Verwirklichung individueller Förderung als grundlegendes Unterrichtsskript **an allen Schulen** zum Standard zu machen.
- an Schwerpunktschulen die **Arbeit von Förderschullehrkräften und pädagogischen Fachkräften**, auch bei kurzfristigen Ausfällen, **zu garantieren** und den tatsächlichen Bedarf von Förderschullehrkräften an den auslaufenden Förder- und den aufwachsenden Schwerpunktschulen transparent zu berechnen und abzudecken.
- eine professionelle **Vorbereitung der Umstellung auf die inklusive Schule** für alle an ihr Beteiligten (Eltern, Schulleitungen, Schüler*innen und alle Lehrenden, Pflegenden und Betreuenden) in ausreichendem Maß und rechtzeitig bereit zu stellen.
- in diesem Zuge ausgebildete **Inklusionslotsen als professionelle Beratung** und Begleitung bei allen organisatorischen und inhaltlichen Fragen zur Inklusion (z.B. Schulentwicklung), insbesondere als Unterstützung der Eltern einzusetzen und für Fragen rund um die Inklusion Beratungsstellen mit gut erreichbarem Personal einzurichten.
- **freie Beobachtungskapazitäten** für Lehrende zu ermöglichen und die stigmatisierende Praxis der herkömmlichen **Fördergutachten komplett zu ersetzen durch** eine pädagogisch und diagnostisch hochwertige **Begutachtung aller Lernenden** zur Ermittlung ihres persönlichen Förderungsbedarfs.

- kollegiale und planvolle Zusammenarbeit in **multiprofessionellen Teams** bereits in der Lehramtsausbildung zu verankern, bei der Berechnung der Arbeitszeit zu berücksichtigen und durch fortlaufende Teamfortbildungen zu verstetigen.
- **inklusionsorientierte Ausbildung**, am jeweiligen Schulprogramm orientierte verpflichtende Fortbildung und am individuellen Profil der Lehrkraft orientierte verbindliche Fort- und Weiterbildung für das gesamte pädagogischen Personal vorzuhalten und Fortbildungsinstitute und Universitäten dazu anzuhalten, entsprechende Angebote zu entwickeln.
- Inklusion zu **finanzieren**. Inklusiver Schulunterricht kann ohne weitere finanzielle Investitionen nicht funktionieren. Kleinere Klassen, Lehrer*innen-(fort-)bildung und demokratische Schulentwicklungsprogramme sind nur einige der notwendigen Maßnahmen, um Schulunterricht im Sinne der Inklusion wirklich zu leben.
- Lehrer*innenaus-, Fort- und Weiterbildung für die Arbeit in einer inklusiven Schule zu Verfügung zu stellen und in diesem Zuge den **Fortbildungsetat** für Lehrende, Pflegende und Betreuende erheblich **auszuweiten**.
- mehr **Vertretungsmittel als Planstellen** im sogenannten Pool bereitzustellen; die finanziellen Mittel für befristete **Vertretungsstellen auch bei den Förderschullehrkräften für Planstellen** in einem einzurichtenden Vertretungsstellenpool einzusetzen, wie dies in den anderen Schularten bereits der Fall ist.
- durch eine exakte **Aufschlüsselung aller Ausgaben** im rheinland-pfälzischen Bildungssystem die tatsächlichen Kosten regelmäßig transparent zu machen.

C) Demokratie in der Schule – Partizipation lernen und leben, Selbstwirksamkeit erfahren, Empathie, Akzeptanz von Unterschieden und soziale Verantwortung einüben

Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen: In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und respektvollen Umgang als selbstverständlich zu erfahren, bildet die vielleicht wichtigste Grundlage für die Bildung belastbarer demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen. Demokratiepädagogik und die Demokratisierung der Lebenswelt Schule markieren den Weg, auf dem Partizipation, Wertschätzung von Verschiedenheit, Empathie, Kompromissfähigkeit und Respekt erlernt und Selbstwirksamkeit einzeln und in Gruppen erlebt wird. Zugleich sind sie die Grundlage für eine wirksame Prävention demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Haltungen und Ideologien. Wir haben allerdings in unserer Gesellschaft viel zu lange ein Demokratiedefizit in unserem gesamten Bildungssystem ignoriert oder hingenommen. Deshalb muss jetzt das Bildungssystem grundlegend demokratisch erneuert werden; Schüler*innen müssen in allen Bildungseinrichtungen von klein auf Demokratie lernen und leben können. Die Verbesserungen der jüngsten Schulgesetznovelle reichen dafür nicht aus. Es gilt, gegen Politikverdrossenheit, gegen erstarrte soziale Strukturen und für mehr Teilhabe, mehr individuelle Gestaltungsspielräume und mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt einzutreten.

Wie kann Schule Erfahrungen realer Verantwortung und Selbstwirksamkeit ermöglichen und sie im Unterricht reflektieren? Wie kann Unterricht dazu beitragen, soziale Kompetenzen zu vermitteln und zur Beteiligung an demokratischen Prozessen zu motivieren? Wie sich eine ganze Schule als ein lernendes System entwickeln? Hierfür braucht es einen Perspektivwechsel: Wünsche, Visionen,

Probleme und Konflikte müssen mit den Schüler*innen ausgehandelt werden, nicht für sie; die Schule und ihre demokratische Kultur müssen gemeinsam belebt, kultiviert, gestaltet und legitimiert werden. Ein guter Ausgangspunkt für diesen Klimawandel sind partizipative Plattformen. Im Kleinen wirkt so der Klassenrat, übergeordnet das Stufen- und das Schulparlament. Zur demokratischen Kultur gehört, den alltäglichen Umgang mit Unterschieden, die konstruktive Lösung von Konflikten und die Anerkennung unterschiedlicher Stärken jeder/s Einzelnen auf allen Ebenen des Schullebens zu verankern. Als echt erlebt wird Mitbestimmung nur durch die altersgerechte Beteiligung der Schüler*innen bei allen wesentlichen Entscheidungen einschließlich der Auswahl von Unterrichtsinhalten und Methoden sowie der Beurteilung der Unterrichtsqualität. Das Erlernen demokratischen und couragierten Handelns muss als Teil des schulischen Lebens alle Fächer, Altersstufen und Schularten durchziehen. Zugleich müssen die gewählten Schüler*innen-Vertretungen (SV) als schulinternes Modell repräsentativer Demokratie gestärkt und als legitimierte Vertreter*innen für alle internen und externen Gremien verstanden werden.

Das forum | **neue bildung** fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung für das frühestmögliche Heranführen, Erlernen und Erleben von Demokratie und Verantwortung dazu auf:

- eine **demokratische Kultur als Qualitätsmerkmal** von Kita, Schule, Jugendarbeit und außerschulischen Bildungseinrichtungen zu bewerten, zu dessen Indikatoren eine gesteigerte Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft ebenso wie für den eigenen Lernerfolg zählen.
- die Demokratisierung des Bildungswesens von Kita über Grundschule bis Schul- und Ausbildungsabschluss zu unterstützen durch die **gesetzliche Anerkennung** von Kita-Rat, Klassenrat, Stufenparlament und Schulparlament.
- das praktische Demokratielernen als **handlungsorientiertes Üben demokratischen Verhaltens** zur besseren Vermittlung von sozialen Kompetenzen, Selbstbewusstsein, politischem Denken zu befördern.
- Schulen auf diesem Weg zu unterstützen und zu begleiten. Geeignete Maßnahmen dazu sind eine stärkere institutionelle Verankerung der Schüler*innenschaft in der Schule, eine Stundenplangestaltung, die **mehr Raum für Mitbestimmung** der Schüler*innen bietet, erweiterte Kompetenzen der Verbindungslehrkräfte, einer **auf Demokratielernen zielenden Lehrer*innen-(fort-)bildung** und einem landesweiten **Netzwerk von Jugend-Peer-Trainern**.
- den mindestens wöchentlich einstündig einzuberufenden **Klassenrat** anzuerkennen als ein demokratisches **Selbstregulierungsinstrument** (für alle alltäglichen Entscheidungen der Klasse ebenso wie zu friedlicher Konfliktbearbeitung und Prävention von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt), als pädagogisches Instrument der **Feedback-Kultur** zur Steigerung der Qualität des Unterrichts und des Wohlbefindens aller Beteiligten und als partizipatives **Selbstbestimmungsorgan** zur Kommunikation, Argumentation und Entscheidungsfindung, in dem gelernt wird, unterschiedliche Positionen wahrzunehmen und zu akzeptieren.
- Entscheidungen, die die gesamte Schule betreffen (Schulprofil, Fortbildungsplan, Regeln des Zusammenlebens, Unterrichtsinhalte, Neueinstellung von Mitgliedern des Kollegiums oder von Schulleitungsteams), von einem (stufenweise die paritätisch besetzte Gesamtkonferenz ablösenden) **Schulparlament** treffen zu lassen, dem Lernende, Lehrende, Leitende, Mitarbeitende, Schulträger und Eltern gleichberechtigt angehören.
- die institutionell verfassten, direkt von der **Schüler*innenvollversammlung** zu wählenden **SV** zu unterstützen und zu stärken. Schüler*innen müssen für die SV-Mitarbeit konsequent freigestellt werden. Die SV erhält **Rede- und Stimmrecht** in allen schulischen Gremien

(ausgenommen Zeugnis- und Versetzungskonferenzen). Alle Schüler*innen werden regelmäßig über diese Rechte informiert und bei deren aktiver, selbstbestimmter Wahrnehmung unterstützt. Verbindungslehrkräfte sollen darin geschult werden, lokal die SV zu stärken. An allen ADD-Standorten sollte ein fester Ansprechpartner für SV-Fragen benannt und die kommunalen Spitzenverbände aufgefordert werden, die Gemeindeordnung so zu überarbeiten, dass Schüler*innen-Vertreter*innen in jedem Schulträgerausschuss stimmberechtigt werden.

- (Regional-) **Elternbeiräte** in ähnlicher Weise zu schulen, aufzuklären und zu unterstützen.
- im Zuge von Neugründungen oder Schulprofilbildung die positiven Effekte einer **autonomen Schule** für die Demokratisierung der jeweiligen Einrichtung zu nutzen.
- **Kollegien** als lernenden, kooperierenden Systemen zunehmend mehr Rechte zur demokratischen Selbstbestimmung ihres Arbeitsalltags einzuräumen.
- die **Zukunft** der Förderung von demokratischer Handlungskompetenz und Kultur an Schulen sowie in Kinder- und Jugendeinrichtungen **voranzutreiben**, indem demokratiepädagogische **Forschungs- und Fortbildungsprojekte** nachhaltig gefördert, **innovative Beispiele** für demokratische Entwicklung in Erziehung, Schule und Jugendarbeit bekanntgemacht und **Fortbildungen** für die Schüler*innen- und Lehrer*innenschaft ebenso wie **Kooperationen** und **Hospitationen** zwischen Schulen erleichtert werden, die ihre Schulentwicklung demokratisch gestalten.
- die aktive Auseinandersetzung mit den **Kinder- und Menschenrechten** in Bildungseinrichtungen als unumstößlichen Rechts- und Orientierungsrahmen weiter voranzutreiben, sie zu verbreiten und sie in der eigenen Organisation zu realisieren.
- **angesichts** der neuen Erfolge **rechtspopulistischer** Parteien und Bücher, aktueller **Protestbewegungen** und einer Zunahme demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Ideologien weiterhin Rassismus, Gewalt und simplen Parolen entschlossen **Widerstand zu leisten**: Unser Bildungswesen soll von Anfang darauf abzielen, Lernende zu **emanzipatorischem Mut** zu befähigen, um allen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aktiv entgegenzutreten. Mit Hilfe außerschulischer Organisationen und den peer-to-peer-Ansätzen ist **Aufklärung über Neonazismus** und angrenzende Phänomene, Rassismus, Sexismus und jede andere Diskriminierung für Lernende und Lehrende besser umsetzbar. Umfassend erworbene Kenntnisse über menschenverachtende Einstellungen ermöglichen **zivilgesellschaftliches, couragiertes Engagement** und **aktive Akzeptanz**.

D) Selbstbestimmung in Unterricht und Freizeit – Bildung braucht Freiräume, intrinsische Motivation statt Angst, Ehrenamt statt Ehrenrunde

Demokratie lebt von Selbstorganisation, Engagement und Autonomie der Bürger*innen. Gegen die stets von ökonomischen Erwägungen getriebenen Versuche einer Verdichtung und Beschleunigung von (Aus-)Bildungsprozessen gilt es – im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes – Freiräume zu bewahren und auszubauen. In diesem Sinne sollen an Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben Lehrpläne reduziert und formale Ausbildungsprozesse entschleunigt werden. Denn Kindheit und Jugend sind (nicht nur) entwicklungspsychologisch betrachtet mehr als bloß Stationen auf dem Weg zum Arbeitsmarkt: Sie haben einen Eigenwert und sollten dementsprechend auch bildungspolitisch anerkannt werden. Eine wichtige Rolle neben den Trägern der Jugend- und

Vereinsarbeit spielen hierbei kulturelle Einrichtungen wie Gedenkstätten, Museen, (Jugend-)Theater, Bibliotheken, Jugendbauhütten und andere Begegnungs- und Erlebnisstätten, deren wertvolle Bildungsangebote in Rheinland-Pfalz für Schüler*innen bisher viel zu schlecht zu erreichen sind. Das forum | **neue bildung** setzt auf kulturelle Bildung, um für alle Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs und der Kultur unserer Gemeinschaft zu sichern. Eine Schlüsselrolle dafür, ebenso wie für das soziale Lernen in der Klassengemeinschaft, nehmen die Jugendherbergen ein, weil sie Möglichkeiten zum Lernen durch Reisen und in Gemeinschaft in solchen Kontexten schaffen, die es sonst nicht gäbe. Die zunehmende Ausrichtung von Bildung auf schnelle ökonomische Verwertbarkeit muss zurückgedrängt werden. Bildung hat viel mehr auf den Erhalt und die Stärkung grundlegender Bedingungen wie Neugier, Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit zielen. Neue Freiräume für kindliche und jugendliche Erlebniswelten sind deshalb zu schaffen.

Im Sinne eines auf die Bedürfnisse von Lernenden zugeschnittenen Bildungswesens fordert das forum | **neue bildung** die rheinland-pfälzische Landesregierung auf:

- Bedingungen zu schaffen, die einen **Unterricht** ermöglichen, in dem die Schüler*innen möglichst **selbstbestimmt** über Ziele, Inhalte, Wege und soziale Formen ihres Handelns und Lernens **(mit-)entscheiden** können.
- **Ganztagschulen** für ehrenamtliches Engagement und die Teilnahme an Aktivitäten der Jugendverbände weiter zu **öffnen**.
- **Lehrpläne** zu **entzerren** und formale (Aus-)Bildung zu entschleunigen.
- ein **Recht auf Freistellung** für ehrenamtliches Engagement von Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden gesetzlich festzuschreiben.
- ehrenamtliches Engagement (beispielsweise als Gruppenleiter*in) **auf die Regelstudienzeit** und die Berufsausbildung **anzurechnen** (Freisemester für nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement).
- **Prüfungszeiten** an den Hochschulen und in der Berufsausbildung für ehrenamtliche Jugendgruppenleiter*innen zu **flexibilisieren**.
- durch das **Prinzip der Freiwilligkeit** geprägte nonformale und informelle Lernsettings als ideale Förderung der sozialen Kompetenzen anzuerkennen und besser zu finanzieren.
- finanzielle Förderungen **außerschulischer Bildungsorte** auszubauen und die finanziellen Hürden ihrer Erreichbarkeit (Kosten für ÖPNV, Eintritte, Übernachtungsgebühren) durch Subventionierung – im Sinne kostenfreier Bildung – abzuschmelzen.
- Auswirkungen der zeitlichen Verdichtungsprozesse auf das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz **wissenschaftlich untersuchen** zu lassen.